

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

**Chocoladen, Cacaos
Desserts.**
Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.

Bezugsgebühr
vierteljährlich 1 Mk., halbjährlich 1 Mk. 50 Pf., jährlich 2 Mk. 50 Pf. (in Dresden 2 Mk. 75 Pf.). Einmalige Anzeigen- und Inseratengebühren nach besonderen Preiskursen. — Abbestellung des Blattes ist jederzeit möglich.

Anzeigen-Zarif
Kleinanzeigen von 1 bis 10 Zeilen 10 Pf. pro Zeile. — Familien-Anzeigen nach besonderen Preiskursen. — Anzeigen für die Zeitungs- und Wochenblätter nach besonderen Preiskursen. — Anzeigen für die Zeitungs- und Wochenblätter nach besonderen Preiskursen.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden
Fernsprecher: 11 - 9004 - 2601.



**Dr. Brandes' Sarsaparill-
Maikur**
wirksamstes Kräftigungsmittel zur Blutreinigung. Flasche 1 Mk., vorerst 1,20 Mk. Alleinverk. u. Vers. n. ausw.
Salomonis-Apotheke
DRESDEN-A., Neumarkt 8.

TELEPHON 1771
LICHÉS
JEDER ART
WERNER & ZILLER
DRESDEN-A., Reibnigsstr. 52

Raucht PATENT STROMMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo - Berlin W. O. - Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Tuchwaren.

Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche.** Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte.

Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Naturnotwendige Bitterung: Kühl, vorwiegend trübe.
Das deutsche Kaiserpaar ist gestern früh auf Malta gelandet.
In der „Kreuz-Ztg.“ wird von konservativer Seite eine Nachschärfung in der Form der Wertzuwachssteuer vorgeschlagen.
Das preussische Abgeordnetenhaus hat gestern einen Antrag angenommen betr. freie Eisenbahnfahrt seiner Mitglieder.
Graf Zeppelin wird seinen Luftkreuzer voraussichtlich im Juli dem österreichischen Kaiser vorführen.
In Danzig hat es gestern Nacht heftig geschneit.
Der Wiener Gemeinderat beschloß die Errichtung eines deutsch-österreichischen Bundesdenkmals.
In Santa Eufebio bei Genua flog eine Sprengstofffabrik in die Luft.
Die Großfürstin Kyrill von Rußland ist vorgestern von einer Prinzessin entbunden worden.
Die Schwertumgürtung des neuen Sultans hat gestern stattgefunden.
Der Sohn des Exsultans, Burhan Eddin, soll einen Aufstand in Albanien zwecks Bestreitung seines Vaters zu unterstützen beabsichtigen.
Die englische Regierung beabsichtigt einen der jüngeren Söhne des Prinzen von Wales auf Lebenszeit zum Vizekönig von Indien zu machen.
Kosowest wird als Kandidat für den Bürgermeisterposten von New York aufgestellt werden.

Ein Kampf um die Autorität

auf der ganzen Linie; das ist die Signatur der Lage in der dritten französischen Republik. Es handelt sich nicht bloß um die Unbotmäßigkeit einer kleinen Gruppe unzuverlässiger Post- und Telegraphenbeamten, sondern das gesamte Verkehrspersonal wird vom Geiste einer schrankenlosen revolutionären Auffassung beherrscht, und damit nicht genug, erhebt die Hydra des sozialen Umsturzes drohend ihr vielköpfiges Haupt auch in den übrigen Staatsbetrieben, und sogar im Meere sind vielfach Zustände eingetreten, die nach unseren Begriffen alle Disziplin zur Karce machen. Raum haben sich die Wogen des letzten Ausstandes der Post- und Telegraphenbeamten verlaufen, so droht schon eine neue Schmelzung des Verkehrs in noch viel größerem Umfange, da diesmal auch die Eisenbahnbeamten ihre Solidarität mit den beiden anderen Ressorts ausgesprochen und ihre Entschlossenheit zur Beteiligung am Generalfreik erklärt haben. Ob es tatsächlich zu dieser schweren Herausforderung der Staatsgewalt und der gesamten bürgerlichen Welt kommen wird, erscheint im Augenblick noch ungewiß. Es macht sich offenbar in den Kreisen der Leiter der Bewegung noch ein gewisses Zögern bemerkbar, das wohl hauptsächlich auf die Beobachtung zurückzuführen sein dürfte, in wie ausgesprochenem Maße sich das Publikum gegen die revolutionären Drahtzieher wendet, die ganz offen und ungeschönt erklärt haben, sie würden im Falle der Nichterfüllung ihrer Forderungen durch die Regierung „alle öffentlichen Betriebe in die größtmögliche Unordnung bringen“. Dazu haben auch wohl die vorbereitenden Abwehrmaßnahmen der Regierung ihren Eindruck nicht ganz verfehlt. Es sind in aller Stille Verfügungen getroffen worden, die eine Heranziehung des Militärs zum Verkehrsdienste in großem Maßstabe sichern, sogar der Brieftaubendienst soll zur Not mit ausstellen, und überdies haben verschiedene große private Unternehmen ihr Personal für die Regierung in Bereitschaft gestellt.

Sollte der geschlossene Widerstand der Regierung und der öffentlichen Meinung den Ausbruch des Konflikts noch im letzten Augenblick hintanhaltend, so wäre damit noch keineswegs eine endgültige Veruhigung erzielt. Wie tief sich das revolutionäre Krebsübel bereits in den staatlichen Organismus der Republik eingetressen hat, lassen die Vorgänge, die zu der jetzigen Krise geführt haben, nur zu deutlich erkennen. Eine Anzahl sozialrevolutionärer Telegraphenbeamten hatte zur Feier des 1. Mai ein geradezu ungläubliches Benehmen gezeigt. Diese Mucker-Exemplare von „Beamten“ waren mit ostentativ zur Schau getragenen revolutionären Abzeichen zum Dienst angetreten und sangen an ihren Pulken im Chor

die „Internationale“! Die Regierung konnte sich eine derartige Demonstration selbstverständlich nicht bieten lassen, sondern tat, was sie tun mußte: sie suspendierte die Aufwiegler sofort vom Dienste und verwies sie vor den Disziplinarrat, der die endgültige Amtsenthebung aussprach. Die Schuldigen hatten auch nach ihrer Suspension noch fortgesetzt ihre revolutionäre Haltung bewahrt und provokant erklärt, sie erkennen den Disziplinarrat überhaupt nicht an und würden deshalb der Vorladung keine Folge leisten. Sie sind auch wirklich nicht erschienen, so daß in ihrer Abwesenheit verhandelt werden mußte. Hierauf antworteten die Post- und Telegraphenbeamten damit, daß sie ihre bisherige Vereinigung im Widerspruch mit der klaren Vorschrift des Gesetzes in ein revolutionäres Syndikat umwandeln und die Regierung abermals vor die Alternative stellen, sich entweder dem Willen des Syndikats zu unterwerfen oder den Generalfreik aller Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamten zu gewärtigen.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß eine so weitgehende Zerlegung der staatsbehaltenden und autoritativen Kräfte inmitten der Beamenschaft nicht von heute auf morgen durch plötzliche Anfälle von Energie auf Seiten der Regierung, die nur im Augenblicke der höchsten Gefahr in die Erscheinung treten, wirksam und gründlich geheilt werden kann. Ebenso wie die Unterwühlung der öffentlichen Autorität in einer längeren Entwicklung planmäßig von den sozialrevolutionären Organisationen betrieben worden ist, bis die Leiter der Bewegung endlich ihre Kräfte genug gestärkt hatten, um zu den schwersten, die bürgerliche Gesellschaft Frankreich bis in die Grundfesten erschütternden Stößen auszuholen zu können, ebenso bedarf es auch auf Seiten der für die Autorität kämpfenden Kreise der Republik einer langen und zielbewußten Reorganisationsarbeit, wenn sie überhaupt der revolutionären Gefahr noch Herr werden wollen. Dazu aber ist eine Ausbildung des staatlichen Pflichtbegriffs erforderlich, wie sie dem herrschenden bürgerlichen Radikalismus in Frankreich nimmermehr anzutragen ist. Der Radikalismus vom Schlage der Herren Clémenceau, Combes und Genossen hat selbst jede Spur von Autorität im Lande eingeblüht und kann daher niemals selbst die Rolle eines Reformators des öffentlichen Geistes übernehmen. Was Herr Clémenceau und seine Leute gelegentlich an „Energie“ gegenüber den Revolutionären heraussenden, ist lediglich Scheinenergie, nicht mehr als ein rasch aufflackerndes und ebenso schnell verblühendes Strohfleuer. In Wirklichkeit pendelt die radikale Regierung fortwährend in hilfloser Angst zwischen den sozialen Revolutionären und der bürgerlichen Gesellschaft hin und her. Ein klassisches Beispiel für diese Schwäche gibt das Verhalten Herrn Clémenceaus bei dem letzten Ausstand der Verkehrsbeamten. Damals hatte nämlich der radikale Kabinettschef die unglückliche Schwachheit gezeigt, den Revolutionären die „unauffällige“ Entfernung des von ihnen befehligten Unterstaatssekretärs Simyan aus dem Amte in „vertraulicher“ Form auszulagern. Dieses „diplomatische“ Versprechen, durch das sich Herr Clémenceau damals für den Augenblick Luft schaffte, vermochte er aber später nicht einzulösen, weil er begrifflicherweise den Sturm der Entrüstung in der staatsbehaltenden öffentlichen Meinung fürchtete. Die Revolutionäre besahen nun aber auf ihrem Schein und flagten die Regierung öffentlich des Wortbruchs an. Wer soll angesichts einer solchen Zwiespältigkeit noch an die Ernsthaftigkeit des Willens zur Tat auf Seiten der radikalen Regierung glauben? Was will es unter solchen Umständen bedeuten, wenn Herr Clémenceau erklären läßt, er werde „unbeugsam“ sein und das Syndikat der Post- und Telegraphenbeamten keinesfalls anerkennen?

Die einsichtigen Elemente in der radikalen Partei selbst scheinen angesichts der stets wachsenden sozialen Gefahr das System Clémenceau satt bekommen zu haben und zu einer förmlichen Loslösung von dem mit dem revolutionären Sozialismus flechtigen Fessel ihrer Gefolgschaft entschlossen zu sein. Es läßt sich hier derselbe Entwicklungsprozeß beobachten, den unsere Freisinnigen durchmachen mußten, bis sie sich zu der Abkühlung der Partisanen von ihren Hochsitzen auftraffen. Die Richtung à la Dr Barth, von Verlaß und Dr. Breitscheid wird in Frankreich von Herrn Pelléan vertreten und Herr Clémenceau in eigener Person war vor seiner Ministerherrlichkeit ihr lautester Ruder im Streit. Wenn in Frankreich diese extreme radikale Gruppe es fertig bringen konnte, sich im Widerspruch mit dem Worte Thiers: „Die Republik wird fortwährend sein, oder sie wird nicht sein!“ zum Herrn der

Geschicke des Landes zu machen und durch ihren politischen Unverstand für die revolutionäre Wäherarbeit der Sozialisten, Anarchisten und Antimilitaristen freie Bahn zu schaffen, so fällt ein wesentlicher Teil der Rücksicht dieser für das allgemeine Wohl so überaus verhängnisvollen Entwicklung auf die Gesamtheit der bürgerlichen republikanischen Gesellschaft Frankreichs, weil sie nicht genug moralische Tatkraft beiseite hat, um dem Hinabgleiten des Staates wagners auf der abschüssigen Ebene der sozialen Revolution rechtzeitig Einhalt zu tun. Die bürgerliche republikanische Demokratie Frankreichs kann dem Vorwurfe nicht entgehen, daß sie sich als unfähig erwiesen hat, einen kräftigen Staatsgedanken zu entwickeln und hochzuhalten und sich eine entsprechend feste und auf positive Schaffens gerichtete Regierung zu geben. Der verführerische Waldeck-Rousseau war der letzte ebenso ehrliche wie begabte Vertreter der von Thiersischem Geiste befehlten einsichtsvollen Richtung, die eine reinliche Scheidung von allem sozialrevolutionären Beiseit in der Regierung der Republik und in der Parteipolitik anstrebte und der Republik dauernd ein gemäßigtes bürgerliches Regiment geben wollte. Zweifelloß steht die dritte Republik jetzt an einem Scheidewege; es ist eine Lebensfrage für sie, daß die antisozialistisch gesinnten Radikalen sich entschieden auf die Seite der gemäßigten Republikaner schlagen und Hand in Hand mit ihnen den Clémenceauschen Sozialradikalismus zu Fall bringen. Sonst wird in absehbarer Zeit das sozialrevolutionäre Lohnwobohn in Frankreich zu vollendeter Tatsache, und dann werden prompt die Revolutionen auf den Plan treten, um aus dem Bankrott der bürgerlichen Republik ihre Konsequenzen zu ziehen und sich dem französischen Bürgertum als das „Element mit harter Faust“ zu empfehlen, das allein noch imstande sei, Ordnung und Sicherheit im Lande, Autorität und Zielbewußtsein in der Regierung zu gewährleisten.

Neueste Drahtmeldungen vom 10. Mai.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach dem Vorschlag der Subkommission sollen über den Tabakzoll folgende Bestimmungen getroffen werden: Ein Zoll ist zu erheben von einem Doppelzentner: 1. Tabakblätter, unearbeitet oder nur gegoren (fermentiert oder über Rauch getrocknet), auch in Bündeln, Bündeln oder Pappn 85 Mk.; 2. Tabakerzeugnisse: a) Tabakrippen und Tabakfengel, auch mit Tabakbrühe behandelt (gebeizt) 85 Mk.; b) Tabaklaugen, auch gemischt mit Tabakbrühe, 100 Mk.; c) Tabakblätter, bearbeitet (ganz oder teilweise entrippt, auch mit Tabakbrühe behandelt, gebeizt usw.), Abfälle von bearbeiteten Tabakblättern 180 Mk.; d) Marottenengel und Rollen (Schmucktabak) 210 Mk.; e) Rau- und Schnupftabak, Pfeifentabak, in Rollen geschnitten usw., mit Ausschluß des feinschnittigen Tabaks, Tabakmehl, Tabakstaub und Abfälle von Tabakerzeugnissen, auch gemischt mit Abfällen von Roh-tabak (Straps), Papier aus Stengel und Rippen von Tabakblättern 300 Mk.; f) Zigarren 400 Mk.; g) feinschnittiger Tabak 700 Mk.; h) Zigarren 1000 Mk.; für Tabakblätter soll außerdem ein Zollzuschlag von 30 Prozent des Wertes erhoben werden. Als Wert soll der Preis des Tabaks beim Uebergange von Händlern an den Fabrikanten angenommen werden; ebenso soll der Zollzuschlag für Zigarren 30 Prozent des Wertes betragen. Als Wert soll hier der vom Einbringer zu zahlende oder gezahlte Preis angenommen werden. Für die im Reichverkehr eingebrachten Zigarren soll der Zollzuschlag 800 Mk. für den Doppelzentner betragen. Ferner soll die Steuer für inländischen Tabak von 45 auf 50 Mk. für den Doppelzentner erhöht werden. Für Gruppen soll sie 45 Mk. betragen. Nach den Uebergangsbestimmungen soll dem Reichsfiskus die Veranschlagung erreicht werden, anzuordnen, daß auf alle in der Zeit vom 1. März 1909 ab im freien Verkehr befindlichen ausländischen Tabakblätter und Zigarren die neuen Zollsätze mit dem Wertzuschlag nachträglich angewandt werden. Wenn diese Maßnahme nicht Platz greift, so soll auf die ausländischen Tabakblätter ein Nachzoll in Höhe von 20 Mk. für den Doppelzentner erhoben werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus dem Umstande, daß in den Berichten über die schwebenden Verhandlungen das Projekt der Erbrechtsreform nicht ausdrücklich erwähnt ist, hat man den Schluß gezogen, als ob die Regierung geneigt wäre, diesen Gehekturm fallen zu lassen. Diese Ansicht ist der „Täg. Rdsch.“ zufolge irrig. Die Regierung hält an dem Plane für die Erbrechtsreform um so nachdrücklicher fest, als gerade dieser Vorschlag, den Kreis der „Nachgebenden Erben“ im Reichsinteresse enger zu begrenzen, von der gesamten Presse, wie auch im Reichstage beifällig begrüßt worden und in der Finanzkommission zur Annahme gelangt ist.

Preussischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus führte heute die zweite Beratung des Etats zu Ende und begann die dritte Lesung. Letztere wird morgen fortgesetzt. Heute wurden in zweiter Lesung die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses erledigt. Zu letzterem wurde ein Antrag ange-